Die Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum

Am 28. November begehen wir den 160. Geburtstag von F. Engels
Gedanken über die Verwirklichung der Klassikerhinweise in der DDR

Seit Marx und Engels 1848 im Kommunistischen Manifest „die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als Grundfrage der Bewegung" charakterisierten, hat es bei verschiedenen Gruppen von Werktätigen in den sozialistischen Ländern nicht an Versuchen gefehlt, diese bedeutsame Einschätzung nach der siegreichen proletarischen Revolution zu vergessen. Insbesondere blieb der dialektive innere Zusammenhang von Eigentum und Arbeit bis in die Gegenwart so manchem Werktätigen sich verschlossen. Wie anders ist es zu erklären, wenn eine Arbeiterin N. Krupskaja sagte: „Wir hatten unsern Betriebsversammlung, und nach sich bei uns allen Hausarbeiten angehäuft haben, haben wir abgestimmt und beschlossen, heute nicht zu arbeiten. Schließlich sind wir doch jetzt die Herren."

Jeder ist verantwortlich

Mit gleicher Blickrichtung sei an die Bemerkung E. Honeckers erinnert: „Leider läßt bei manchen die Einstellung zur Arbeit und zum Volkseigentum, zur Leistung, Sparsamkeit und Qualität noch zu wünschen übrig. Offen und ehrlich sollte die Auseinandersetzung mit Gleichgültigkeit, Materialverschwendung und schlechter Arbeit geführt werden. Niemand hat das Recht, auf Kosten anderer zu leben oder sich an der Arbeit anderer zu bereichern. Das ist dem Sozialismus wesensfremd. Den Interessen der Werktätigen und ihren Vorstellungen von Sozialismus entspricht es, daß bei uns ... für Selbstsucht, Egoismus und Raffgier kein Raum sein darf." Nicht selten kommt es auch vor, daß Werktätige der verschiedensten Bereiche der Volkswirtschaft über ein ungenügendes Warenangebot oder Qualitätsmängel der Produktion klagen. Wer anders als sie selbst haben in ihren Tätigkeitsbereichen die Möglichkeit und die gesellschaftliche Pflicht, diesen Zustand zu verändern.

Die Produktionsverhältnisse sind materielle gesellschaftliche Verhältnisse, die „die Menschen in ihrem gesellschaftlichen Lebensprozeß in der Erzeugung ihres gesellschaftlichen Lebens eingehen" (Karl Marx). Es sind stets Verhältnisse zwischen den Menschen als Arbeitende und als Eigentümer von Produktionsmitteln, die direkt durch die Produktivkräfte determiniert werden.

Jeder Eigentümer muß seine Produktionsmittel durch Arbeit in Bewegung setzen. In der antagonistischen Klassengesellschaft stehen sich im allgemeinen (Ausnahmen gibt es bei den werktätigen Bauern und Handwerkern) nichtarbeitende Produktionsmitteleigentümer und arbeitende Nichteigentümer (Ausgebeutete) gegenüber. Erstere verschaffen sich mittels der verschiedensten Ausbeutungsformen die Arbeit von Letzteren. In der Urgesellschaft und der kommunistischen Gesellschaftsformation sind die Eigentümer der Produktionsmittel zugleich Arbeitende.

Die Verbindung der Arbeitenden mit den Produktionsmitteln ist dann **unmittelbar** hergestellt. Die Arbeit trägt unmittelbar gesellschaftlichen und allgemeinen Charakter, sie gestattet die schöpferische Entfaltung des Menschen.

In der sozialistischen Revolution ergreift das Proletariat „die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen" (F. Engels). Die Werktätigen treten objektiv als gemeinsame Eigentümer und zugleich gemeinsam Arbeitende auf. Die sozialistische Gesellschaft — organisiert im sozialistischen Staat — ist in ihrer Gesamtheit Eigentümer, Produzent und Konsument. Die Werktätigen setzen durch eigene Arbeit die Produktionsmittel in Bewegung.

Ohne Arbeit keine Aneignung

Gesellschaftliches Eigentum heißt dementsprechend nichts anderes als Arbeit aller — d. h. auch jedes einzelnen — für die Gesellschaft und dadurch auch Aneignung des gesamten Arbeitsprodukts durch die gesamte Gesellschaft. Ohne Arbeit ist auch keine Aneignung möglich, also keine ökonomische Realisierung des Produktionsmitteleigentums. Die Arbeit aller Werktätigen für die Gesellschaft ist der Grundprozeß des Wirkens des gesellschaftlichen Eigentums. „Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit", heißt es im Artikel 24/II der Verfassung der DDR, und F. Engels schreibt: „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit." Auf diese Weise ist auch die sozialistische Einstellung zur Arbeit materiell bestimmt.

Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln als **gemeinsames** Eigentum assoziierter Produzenten bewirkt zugleich, daß deren ökonomische Tätigkeit auf ein gemeinsames Resultat ausgerichtet sein muß, das sich in ihren gemeinsamen Interessen darstellt und nur durch gemeinsames, im gesamtgesellschaftlichen Maßstab koordiniertes und organisiertes Handeln erreicht werden kann, letztlich, daß sie planmäßig erfolgt. Der gesamtgesellschaftliche Plan ist so ein Plan der Werktätigen selbst, an dessen Aufstellung sie ebenso mitwirken wie an seiner Realisierung und Kontrolle. Er steht ihnen nicht als eine fremde äußerliche Macht gegenüber, wie der Klassengegner immer behauptet, sondern er ist ihr gemeinschaftlicher Plan, ihr „Gesamtplan", in dem sich ihr eigener Wille als gesellschaftlicher „Gesamtwille", als staatlich organisierter Wille ausdrückt.

Unter diesen Bedingungen wird die Arbeit zum „Mittel der Befreiung des Menschen, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der so aus einer Last eine Lust wird." (F. Engels)

Durch die planmäßige Tätigkeit der Werktätigen im Rahmen der gesamten Gesellschaft entwickelt sich das sozialistische Eigentum weiter, bilden sich im Arbeitsprozeß sozialistische Persönlichkeiten heraus, verändern sich letztlich die Beziehungen der Klassen und Schichten zueinander — ihre Unterschiede treten immer mehr in den Hintergrund.

Grundlage für neue Einstellungen

Mit dem (aus den sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen resultierenden) neuen Charakter der Arbeit im Sozialismus, mit der auf der gleichen Stellung zu den Produktionsmitteln beruhenden sozialen Gleichartigkeit der Arbeit, ist — trotz noch bestehender sozialer Unterschiede — die objektive Grundlage für das Entstehen und Entwickeln einer neuen Einstellung zur Arbeit und zum Eigentum gegeben. Anknüpfungspunkt sind dabei die objektiven ökonomischen Interessen. F. Engels betonte: „Die ökonomischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft stellen sich zunächst dar als Interessen."

Die aus dem gesellschaftlichen Eigentum erwachsenden Interessen sind auf die Entwicklung der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit gerichtet und ermöglichen gerade deshalb die immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse. Die Gesellschaft als Ganzes und jeder einzelne Werktätige sind objektiv an der ständigen Erhöhung des Endergebnisses der Volkswirtschaft, an der raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität und an einer bedarfsgerechten Produktion interessiert. Das Niveau der Produktion (Umfang und Effektivität) entscheidet direkt über die Konsumtion und damit das Lebensniveau des Volkes. Für den einzelnen Werktätigen wird dieser Zusammenhang durch die materielle und ideelle Stimulierung der Arbeit wirksam. Die aus dem gesellschaftlichen Eigentum resultierende Übereinstimmung von gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen ist ein Wesenszug des Sozialismus. Die Produktion entwickelt sich zur wichtigsten öffentlichen, für jeden zugänglichen Angelegenheit. Die hohe Dynamik der Produktion unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht dem gesamtgesellschaftlichen Interesse ebenso wie den Interessen der Kollektive und der einzelnen Werktätigen. Dabei ist das gesamtgesellschaftliche Interesse die objektive Grundlage der Interessen der Kollektive und der einzelnen Werktätigen.

Das gesellschaftliche Eigentum bringt zwar die Einheitlichkeit im Grundlegenden hervor, trotzdem sind die Interessen innerhalb des Systems ökonomischer Interessen nicht identisch. Die sozialistische Gesellschaft steht ständig vor der Aufgabe, durch staatliche Kennzahlen und Normative, durch ökonomische Hebel, durch Prinzipien der Lohn- und Prämiengestaltung u. a. m., bei Wahrung des Vorranges der gesellschaftlichen Interessen, die persönlichen Interessen mit den kollektiven und die kollektiven mit den gesamtgesellschaftlichen in Übereinstimmung zu bringen. „Was für die Volkswirtschaft von Nutzen ist, das muß auch für die Kombinate und Betriebe vorteilhaft sein" (E. Honecker). Gleichzeitig entwickelt der sozialistische Staat in Einheit und Wechselwirkung mit den materiellen Interessen moralische Stimuli mit dem Ziel, die Aktivität und Initiative aller Werktätigen zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Gesamtresultate zu entfalten und somit zugleich am besten den persönlichen Interessen zu dienen.

Prof. Dr. sc. Jürgen Becher, FMI

Die Einstellung zur Arbeit drückt sich — wie in diesem Prüffeld — in der Auslastung der teuren Grundfonds rund um die Uhr aus.

Fotos: Morgenstern/Archiv

Aus anderen Universitäten

Herdermedaille für Übersetzung

Friedrich-Schiller-Universität: Ein sowjetisches Buch über die Beziehungen zwischen Raumfahrttechnik und Wirtschaft in Westeuropa übersetzten Ökonomiestudenten der Jenaer Universität. Mit dieser Übersetzung stellten sie die im RGW bisher einzige umfassende politökonomische Darstellung dieser Problematik für die Forschungsarbeit der Sektion Wirtschaftswissenschaften zur Verfügung. Das Jugendobjekt wurde u. a. mit der Johann-Gottfried-Herder-Medaille in Gold ausgezeichnet.

Symposium über Schiffbautechnik

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock: Unter dem Thema „Schiffsfestigkeit und Schiffsschwingungen" fand das diesjährige Schiffbautechnische Symposium an der Sektion Schiffbautechnik statt. Veranstalter waren die Wilhelm-Pieck-Universität, das Kombinat Schiffbau Rostock sowie der Fachverband Fahrzeugbau und Verkehr der Kammer der Technik. Drei wesentliche Ziele verfolgte die Veranstaltung: die Weiterbildung der auf diesen Gebieten arbeitenden Ingenieure und Wissenschaftler, die schnellere Überführung erzielter Forschungsergebnisse in die Praxis und die Vertiefung der nationalen und internationalen Forschungszusammenarbeit.

Fernseh-Lesegerät für Sehschwache

Humboldt-Universität Berlin: Experimentell erprobt wird gegenwärtig ein Fernseh-Lesegerät für hochgradig Sehschwache, das ein Kollektiv von Ingenieuren und Wissenschaftlern entwickelte. Das Lesegerät, ausgestattet mit drei Aufnahmekreisen, die in 8-, 14- und 27facher Vergrößerung Schrift und Abbildungen auf den Bildschirm eines handelsüblichen Fernsehgerätes übertragen, ermöglicht hochgradig Sehschwachen bis zu einer Einschränkung von 1/30 der normalen Sehschärfe das Lesen fortlaufender Texte, Übersichten, Tabellen u. a. m. Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, daß etwa 60 Prozent der Probanden ihre Lesefertigkeit wesentlich verbessern konnten.

Kolloquium zur Hochschulpädagogik

Martin-Luther-Universität Halle: Der Wissenschaftsbereich Hochschulpädagogik der Sektion Erziehungswissenschaften führte unlängst ein Kolloquium zum Thema „Wissenschaft — selbständige wissenschaftliche Tätigkeit der Studenten" durch, an dem Vertreter von 15 Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen teilnahmen. Es wurden Anregungen vermittelt, wie das wissenschaftliche Denken der Studenten entwickelt werden kann und Auseinandersetzungen mit bürgerlicher Wissenschaftsdidaktik geführt. Ein Einblick in die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsmethoden wurde durch die Untersuchung der Diplomarbeiten von Geographielehrerstudenten gegeben.

Arzneibuch wird aktualisiert

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald: Am Jugendobjekt „Arzneimittelstandardisierung" arbeiten Studenten und junge Wissenschaftler der Sektion Pharmazie. Die Hauptaufgabe besteht in der Durchführung vorbereitender Arbeiten für die ständige Aktualisierung des Arzneibuches der DDR. Gegenstand der gegenwärtigen experimentellen Untersuchungen, die in Form von Jahres- und Diplomarbeiten erfolgen, ist die Prüfung fester Arzneistoffe und Arzneizubereitungen auf ihre Stabilität. Parallel dazu laufen Versuche, bei Rezepturen mit geringer Haltbarkeit durch eine veränderte Zusammensetzung oder durch den Einsatz geeigneter Stabilisatoren eine höhere Stabilität zu erreichen.

Hochschulpolitik auf Kosten der Studenten

Einige Aspekte der Hochschulpolitik in der BRD

In einer Zeit, da nach der V. Hochschulkonferenz der DDR die Hochschulangehörigen daran gehen, die anspruchsvollen Aufgaben des nächsten Jahrzehnts zu realisieren, da sich die Einheit von Sozialismus, Partei und Wissenschaft so eindrucksvoll manifestiert, ist der Blick auf die hochschulpolitische Situation der BRD besonders aufschlußreich. Auf einige aktuelle Aspekte nach mehr als einem Jahrzehnt erklärter Reformpolitik soll im folgenden eingegangen werden.

Das Hauptanliegen der staatsmonopolistischen Hochschulreform bestand und besteht in einer weitgehenden Anpassung der Hochschule an die veränderten Bedingungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Das erfordert zum einen den Ausbau der ökonomischen Funktion der Hochschule, die sichern soll, daß Wissenschaft und wissenschaftliche Qualifikation immer besser den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals untergeordnet werden können; zum anderen erfordert das auch, die politische Funktion voll zum Tragen zu bringen, durch Produktion und Verbreitung von politischen, ideologischen, juristischen Konzepten und Ideen und durch Ausnutzung der Potenzen der Wissenschaft für den Klassenkampf gegen den Sozialismus das staatsmonopolistische System zu festigen. Schließlich geht es auch darum, den politischen Krisenherd Hochschule wieder voll in den Griff zu nehmen.

Zur Realisierung der Hauptaufgaben der Hochschulreform waren sowohl quantitative Erweiterungen — am deutlichsten sichtbar an der Zahl der Studierenden an den Hoch- und Fachschulen, die 1970 etwa 514 000 und 1979 über 900 000 betrug — als auch qualitative Änderungen in bezug auf die Konzeption der Hochschulbildung erforderlich. Es muß vor allem interessieren, welche Auswirkungen sich daraus für die Studenten ergeben.

Arbeitslosigkeit von Akademikern verdreifacht

Bei der Selbstdarstellung der hochschulpolitischen Erfolge durch die sozialliberale Regierung spielen die Ergebnisse der quantitativen Ausweitung eine Hauptrolle und werden gern als Ausdruck der Demokratisierung vorgewiesen. Die wirklichen Resultate weisen etwas ganz anderes aus. Das Maß an Hochschulbildung bestimmt sich aus einer Vielzahl von Faktoren, die vom objektiv wachsenden Bedarf an qualifizierten Kadern bis zur „Flucht nach oben" angesichts der Situation in der Berufsausbildung reichen. Insgesamt realisiert es sich unter den spezifischen Gesetzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und das bedeutet immer auch Spontaneität, Dominanz kurzfristiger Verwertungsbedürfnisse als Regulativ. Das führte in den letzten Jahren dazu, daß sich der Übergang von der Hochschule zur Berufstätigkeit zu einem der gravierendsten Probleme entwickelte. Die Gefahr, keinen oder keinen der Qualifikation gemäßen Arbeitsplatz zu erhalten, wird für immer mehr Studenten eine reale. So weisen Untersuchungen aus, daß in den wichtigsten kapitalistischen Staaten die Akademikerarbeitslosigkeit parallel oder überproportional zur allgemeinen Arbeitslosigkeit verläuft (in der BRD ist von 1974 bis 1978 eine Verdreifachung zu verzeichnen) und daß die BRD zu den Staaten zählt, denen die größten Probleme noch bevorstehen.

Das ist Ausdruck verschlechterter Verwertungsbedingungen qualifizierter geistiger Arbeitskraft und wird vom Monopolkapital zu Anpassungsbereitschaft und Auslese, zu politischer Neutralisierung und zum Angriff auf den Lohn ausgenutzt. Dennoch betrachten die Monopolverbände und Kräfte der CDU/CSU die Lösungsversuche der SPD/FDP-Regierung, bei denen Studenten — als „Preis für Freiheit" zu studieren — eine stärkere Anpassungsbereitschaft hinsichtlich der Einkommens- und Statuserwartungen und der Ansprüche an die künftige Berufstätigkeit zu wecken, mit Skepsis. Sie setzen stärker darauf, daß ein stark differenzierter tertiärer Bildungsbereich selbst eine Selektions- und Verteilerrolle wahrnimmt, weil das weniger politischen Zündstoff in sich berge als das Scheitern der Ansprüche der Absolventen am Arbeitsmarkt selbst.

Perspektivlosigkeit nimmt zu

Daß sich angesichts solcher Perspektiven unter den Studenten eine tiefe Sinn- und Orientierungskrise in bezug auf Studium und künftige Berufstätigkeit abzeichnet, ist fast zwangsläufig. Immer häufiger wird gefragt, ob es sinnvoll ist weiterzustudieren. In Niedersachsen rechnen nur 28 Prozent der Studenten noch mit einer gesicherten beruflichen Zukunft, und mindestens jeder siebente Student (einige Quellen sprechen von jedem fünften) bricht sein Studium vorzeitig ab, wobei neben den genannten Gründen auch die materielle Lage während des Studiums eine wesentliche Ursache sein dürfte.

Nicht zuletzt muß darauf verwiesen werden, daß die quantitative Ausweitung nicht zu einer wirklichen sozialen Öffnung der Hochschulen führte. Nach wie vor funktionieren zahlreiche Selektionsmechanismen zuverlässig, so daß seit 1976 der Anteil der Arbeiterkinder bei 13 bis 14 Prozent stagniert. Das ändert lediglich graduell, nicht aber prinzipiell etwas an der Chancenungleichheit.

Die qualitativen Veränderungen in der Hochschulausbildung verbinden sich vor allem mit der Studienreform, der inhaltlichen Neugestaltung der Studiengänge. Das Hochschulrahmengesetz, die daran angepaßten Landesgesetze und die „22 Orientierungspunkte" des Bundesministeriums bilden ein umfassendes Instrumentarium für die inhaltliche Formierung der Hochschulen. Entscheidendes Stichwort in Verbindung mit der Studienreform ist gegenwärtig „Praxisbezug".

Diese Forderung einst gegen die praxisfremde Ausbildung an der Ordinarienuniversität geltend gemacht, kehrt sich heute vom Zielpunkt her gegen die Studenten.

Monopolverbände beeinflussen Ausbildung

Die Forderung der Studentenbewegung ist klar und seit längerem von Bestand: Ausbildung für eine demokratische Berufspraxis. Das schließt ein hohes theoretisches Niveau der Ausbildung als Grundlage für die Fähigkeit, aktiv am wissenschaftlich-technischen Fortschritt mitwirken zu können, ebenso ein wie Einsicht in historische und gesellschaftliche Bedingungen und Zusammenhänge des jeweiligen Faches und die Befähigung zur Vertretung eigener fortschrittlicher politischer und materieller Interessen im Beruf.

Die Monopolverbände setzen dem ihr Konzept diametral entgegen, wobei sie sich direkt vor allem gegen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft als Bündnispartner der Studentenbewegung wenden. Es schließt jedes kritische Element in Studium und Beruf — man spricht von der Gefahr gesellschaftskritischer oder gar verändernder Tendenzen — strikt aus. Das Beharren auf solch hartem Kurs ist für die Monopolbourgeoisie gegenwärtig eine Existenzfrage. Der Verband der Chemischen Industrie sieht einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verhindern kritischer Tendenzen und der Leistungsfähigkeit der Industrie im internationalen Vergleich.

In den Studienreformkommissionen sehen die Monopolverbände ihre Aufgabe vor allem darin, die „Leerformel Praxisbezug" mit „realistischem Inhalt zu füllen, ehe fatale Weichenstellungen durch andere erfolgen" und diesen Inhalt „durch genauere Beschreibung der beruflichen Wirklichkeit und der daraus resultierenden Forderungen" zu bestimmen. Indem diese Wirklichkeit, in der die Stellung eines großen Teils der Intelligenz durch Ausschluß von Entscheidungen, Detailarbeit als verfestigte Position, starke soziale Differenziertheit in der Kooperation usw., also durch Entwertung der Qualifikation gekennzeichnet ist, zum Ausgangspunkt gemacht wird, erhält Hochschulbildung auch die Aufgabe, diese Stellung bereits im Studium zu reproduzieren. Diese — den Studenten fremd gegenüberstehenden Ansprüche und Forderungen machen für sie auch Ziele und Inhalte des Studiums fremd, schränken ihre Handlungskompetenz im Studium ein und sind der tiefere Grund für die sich abzeichnende Sinn- und Orientierungskrise. Gerade hier zeigt sich die historische Überlebtheit des Imperialismus auch auf dem Gebiet des Hochschulwesens in aller Schärfe.

Dr. Wolfgang Zöhle,
Sektion Pädagogik

SLUB
Wir führen Wissen.